

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang : 14. Oktober 2011
Bekanntgabe im GGR : 08. 11. 11
Überweisung im GGR : 08. 11. 11
CVP Fraktion im GGR Stadt Zug



Stadtkanzlei
Postfach
6301 Zug

Zug, 14. Oktober 2011

Motion

Sofortige Kontaktnahme mit anderen Gemeinden und Suche einer gemeinsamen und nachhaltigen Lösung für die Unterbringung von Asylsuchenden

Ausgangslage

Sehr überraschend und entgegen den ursprünglichen Aussagen des Stadtrates auf entsprechende Vorstösse, u.a. auch der CVP, wurde nun bekannt, dass der Stadtrat eine vorübergehende Nutzung des früheren Altersheim Waldheim zur Unterbringung von ca 60 Asylsuchenden möchte.

Erstens stellen wir fest, dass die Pflicht zur Aufnahme von Asylsuchenden gemäss Verteilschlüssel auch für die Stadt Zug seit langer Zeit gilt.

Zweitens kann es nicht sein, dass nun plötzlich andere Pläne für eine Nutzung vorgesehen sind, da wir davon ausgehen, dass die damals kommunizierten Problemfelder für die Stadt nach wie vor vorhanden sind. (zB Wohnungsraum für Studenten, Alterswohnungen, etc.)

Und Drittens ist nicht nachvollziehbar, warum nun plötzlich die Zeit für kurzfristige und kaum verträgliche Lösungen derart drängt.

Viertens haben auch andere Gemeinden das gleiche Problem zu lösen.

Zudem ist bekannt, dass das vorgesehene Objekt sehr sanierungsbedürftig ist. Dies wiederum heisst doch, dass sofortige Renovationen oder zumindest Anpassungen notwendig sein dürften.

Alles in Allem: Eine für uns unnötige "Feuerwehrrübung" des Stadtrates. Mit einer frühzeitigen Planung und Koordination hätte vermutlich diese Situation entschärft werden können.

Im Fokus muss eine gemeinsame und nachhaltige Lösung zwischen mehreren Gemeinden sein. Dies aufgrund der spärlich vorhandenen Land- und Immobilienreserven aber auch aus ökonomischer Sicht für die Gemeinwesen.

Der Stadtrat wird somit beauftragt:

1. Unverzüglich mit anderen Gemeinden Verhandlungen zu führen mit dem Ziel einer gemeinsamen Unterkunft für Asylsuchende.
2. Die entsprechende Örtlichkeit soll menschenwürdig und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, hingegen ist aber klar auf unnötigen Luxus zu verzichten.
3. Es ist unbedingt anzustreben, dass eine nachhaltige, ökonomische Lösung gefunden werden kann, die es ermöglicht langfristig zu planen.
4. Die Ängste, Anregungen und Wünsche der Bevölkerung und direkt betroffenen Mitbewohner sind zwingend in die Planung und Beurteilung miteinzubeziehen.

Für die CVP Fraktion im GGR:


Hugo Halter, Fraktionschef